



**Balzers steht im Cupfinale**  
Der FC Balzers schlägt die dritte Mannschaft des USV mit 1:6 und zieht ins Cupfinale ein. 13

**Gesetzgebung für Abtreibung**  
In Lateinamerika sterben jährlich bis zu 100 Frauen an den Folgen eines illegalen Schwangerschaftsabbruchs. 22

save the date!  
**24. Mai 2018**  
Die Digitalkonferenz in Liechtenstein **li\*igital**

**Abendstimmung**  
Leser schickten Bilder des roten Himmels 2

**Arbeitslosigkeit**  
Sinkende Zahlen wegen guter Auftragslage 3

**Feuerwehr**  
Verbandsleitung neu gewählt 5

**Rückübertragung**  
Kanton übernimmt Altes Bad Pfäfers 11



**«Sport ist Sport»**  
Doris Büchel las aus «Die Fäjin», in der sie Facetten des Sports zeigt. 11

## Sapperlot

Man bringt nach einem Einkauf nur die Hälfte nach Hause, vergisst den Namen eines Bekannten oder geht in den Keller und weiss dann partout nicht mehr, was man eigentlich aus dem Keller holen wollte. Ungewöhnlich? Nein. Jeder von uns vergisst einmal den eigenen PIN-Code. Sehr häufig auch das, was wir gerade sagen wollten. Bei Müttern ist es wohl auf die Speicherkapazität zurückzuführen, die im Gehirn begrenzt ist (zumindest der aktive Teil) und der tägliche Input (ich sage nur: Verabredungen, Arztbesuche, gesundes Frühstück hier, ans Sportzeug denken da, Einkufen, Kochen, Sport fällt aus, Mutter A bringt, ich hole ab, Kindersitz nicht vergessen) so gross ist, dass alles scheinbar nicht Lebensnotwendige einfach wieder gelöscht wird. Aber kein Grund zur Panik, sie geht vorbei, die «Mamademenz». Was dagegen hilft? Anscheinend mehr Achtsamkeit (lach), Multitasking vermeiden (sehr schwierig) und sich bewusst Auszeiten gönnen (das kriegen wir hin, oder?).

Bianca Cortese

## Erneuter Vorstoss für Rheinaufweitungen

**Anliegen** Die «Werkstatt Faire Zukunft» fordert von der Regierung Bewegung bei den Rheinaufweitungen. Regierungsrätin Dominique Gantenbein begrüsst das Engagement.

Michael Winkler  
mwinkler@medienhaus.li

Am 22. Januar bezichtigten verschiedene Umweltorganisationen – unter anderem die «Werkstatt Faire Zukunft» – die Liechtensteiner Regierung verschiedene Versäumnisse im Bereich des Gewässerschutzes und mahnt an, endlich tätig zu werden. Ein Teil der Vorwürfe betrifft dabei auch den ökologischen Zustand des Rheins. Knapp drei Monate später fordert die Werkstatt Faire Zukunft die Regierung zum Handeln auf. «Wir sind der Meinung, dass Liechtenstein nicht tatenlos zusehen darf, wie die Nachbarländer umsetzen, was sie gemeinsam mit Liechtenstein im Jahr 2005 im Entwicklungskonzept

Alpenrhein festgelegt haben», heisst es in einem Schreiben von Peter Goop, Mario F. Broggi und Andi Götz, das an die Regierungs- und Landtagsmitglieder sowie an die Medien versendet wurde.

«Wenn die Schweiz und Österreich oben und unten am Alpenrhein engagiert zur Tat schreiten, wäre es eine verpasste Gelegenheit, wenn Liechtenstein nicht mitziehen würde. Für die Natur sind Trittschnecken wichtig: Wenn zwischen der Frutzmündung und den Aufweitungen auf der bündnerisch-sankt-gallischen Strecke auf praktisch 30 Kilometern ein lebloser Kanal besteht, relativiert dies den Wert der anderen Aufweitungen beträchtlich», schreiben die Aktivisten. Die Kernforderungen der «Werkstatt Faire

Zukunft»: Erstens soll die Regierung eine Informationskampagne lancieren und die aktive Beteiligung aller interessierten und betroffenen Kreise sicherstellen. Zweitens sollen konkrete Projekte für ein Gesamtkonzept für die Liechtensteiner Rheinstrecke und eine Rheinaufweitung im Gebiet Eschner Au Süd präsentiert werden und drittens erwarten sich die Aufweitungsbeürworter einen Zeit- und Finanzierungsplan.

### Anliegen trifft auf offene Ohren

Die Regierung begrüsst die Initiative. «Das Engagement der Werkstatt Faire Zukunft und der offenkundige Wille, die Regierung bei der Entwicklung und Umsetzung eines zukunftsträch-

tigen Konzepts für den Alpenrhein zu unterstützen, sind begrüssenswert», erklärt Umweltministerin Dominique Gantenbein, die beim Schreiben direkt adressiert wird.

«Die Regierung wird sich in Kürze mit der Gesamthematik der Rheindammsanierung, dem Projekt- und Zeitplan sowie den damit zusammenhängenden Fragen befassen und das weitere Vorgehen festlegen. Das beinhaltet auch die Information der interessierten Kreise und der breiten Bevölkerung», bestätigt Gantenbein auf «Vaterland»-Anfrage. Die öffentliche Diskussion soll in der Folge auf der Grundlage von Fakten im Anschluss an die Grundratsentscheidung der Regierung geführt werden. 3

## Freispruch aufgehoben

**Serbien** Mehr als 25 Jahre nach dem Balkankrieg ist der serbische Nationalist Vojislav Seselj im Berufungsverfahren vom Uno-Tribunal doch noch schuldig gesprochen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Richter in Den Haag hoben den Freispruch der ersten Instanz von 2016 auf. Seselj, der selbst nicht bei der Urteilsverkündung anwesend war, muss aber nicht zurück ins Gefängnis. Die Strafe ist kürzer als die bereits verbüsste Untersuchungshaft. Der heute 63 Jahre alte Politiker galt in den 1990er-Jahren als schlimmster Kriegstreiber auf dem Balkan. (sda) 21

## Zuckerberg auch betroffen

**Washington** Facebook-Chef Mark Zuckerberg ist persönlich vom aktuellen Datenskandal betroffen. In einer Anhörung im US-Abgeordnetenhaus sagte er, dass auch seine eigenen Informationen an das umstrittene Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica gegangen seien. Weitere Details dazu gab es zunächst nicht. Am Dienstag hatten bereits zwei Ausschüsse des US-Senats Zuckerberg befragt. In beiden Parlamentskammern gelang es den Politikern nicht, den 33-jährigen Milliardär mit kritischen Fragen ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Er wiederholte zum Auftakt der Anhörung vom Mittwoch wortgleich seine Stellungnahme vom Vortag. In dieser hatte er Fehler eingeräumt und besseren Datenschutz versprochen. (sda)

## EU will Ärger vermeiden

**Brüssel** Die EU-Kommission will Ärger wie bei der Glyphosat-Zulassung künftig vermeiden und die Genehmigungen für Unkrautvernichter und ähnliche Mittel transparenter machen. Entsprechende Vorschläge legte die Behörde am Mittwoch in Brüssel vor. Die EU-Staaten und das Europaparlament müssten ihnen noch zustimmen, damit sie Gesetz werden können. Bürgerinnen und Bürger sollen demnach in Zukunft deutlich einfacher Zugang zu relevanten Informationen etwa über mögliche Gesundheitsgefahren oder Umweltbelastungen von Pestiziden erhalten. Dazu sollen sie von der Industrie an die EU-Lebensmittelbehörde Efsa übermittelte Daten unmittelbar einsehen dürfen. (sda)

## US-Präsident Trump kündigt Raketenangriff auf Syrien an



**Konflikt** US-Präsident Trump hat als Vergeltung für den mutmasslichen Giftgaseinsatz in Duma am Mittwoch einen Raketenangriff auf Syrien angekündigt. Die Raketen «werden kommen», schrieb Trump im Kurzbotschaftendienst Twitter. Der russische Präsident Wladimir Putin rief zur Vernunft auf. Russland werde alle seine Verpflichtungen nach dem Völkerrecht respektieren. 20

Bild: Keystone

save the date!  
**24. Mai 2018**  
EVENT  
**li\*igital**  
Die Digitalkonferenz in Liechtenstein





# Rhein: Lösungen werden greifbar

**Rheinaufweitungen** Das Sanierungskonzept für die Rheindämme wird in den nächsten Wochen der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Dies bestätigt Regierungsrätin Dominique Gantenbein auf Anfrage.

Michael Winkler  
mwinkler@medienhaus.li

«Raus aus dem Korsett!», rufen die einen, «lasst den Rhein so, wie er ist», die anderen. Forderungen nach Flussaufweitungen in Liechtenstein kamen vor Jahren im Zuge des Projekts «Rhesi» auf, bei dem es um notwendige Verbesserungen des Hochwasserschutzes im unteren Rheintal ab der Illmündung in Feldkirch bis zum Bodensee geht. Mittels ausgeweitetem Vorland soll dem Rhein im Falle von Extremhochwasser mehr Raum gelassen werden, um eine Überflutung von Kulturland und Siedlungen sicher zu verhindern. Umweltverbände bestehen auf gross angelegte Flussaufweitungen, mit denen der Flusslauf «renaturiert» werden würde.

Diesen Forderungen stehen grosse Kulturlandverluste und Stilllegung von seit Generationen bewährten Trinkwasserfassungen der Gemeinden gegenüber. Auf Liechtensteiner Seite wurden potenzielle Schwächen in Abschnitten des Rheindamms im Falle eines höchsten Extremhochwassers erkannt. Diese könnten mit einer Verdichtung der Dämme mit überschaubarem Aufwand beseitigt werden. Die Umweltorganisationen wollen diese Sanierungen mit abschnittweisen, grossflächigen Flussaufweitungen zur Renaturierung des Rheins verbinden.

## Forderungskatalog an Politik und Medien

Nun gehen die Umweltorganisationen in die nächste Runde. Gestern Vormittag verschickte der Verein «Werkstatt Faire Zukunft» per E-Mail Vorschläge für konkrete Massnahmen an die Umweltministerin Dominique Gantenbein, die weiteren vier Regierungsvertreter und die Landtagsabgeordneten. In ihrem Forderungspapier verlangt die Werk-



Regierungsrätin Dominique Gantenbein will demnächst ein mehrheitsfähiges Konzept für die Weiterentwicklung des Rheinbauwerks präsentieren. Bild: Archiv

statt Faire Zukunft eine «breit angelegte Informationskampagne der Regierung». Damit sollen die Ziele im Bereich Gewässerschutz und Hochwassersicherheit der Bevölkerung nähergebracht werden.

«Alle betroffenen und interessierten Kreise sind in einen Dialog einzubeziehen. Dazu gehören die Grundeigentümer ebenso wie die Land- und Forstwirtschaft, die Umweltverbände, die Fischer, die Jäger, die Sportverbände und viele andere», heisst es im Schreiben. Die Sanierung der Rheindämme sei umfassend für die gesamte Liechtensteiner Rheinstrecke zu konzipieren. Dies bedeutet, dass Aufweitungen des Alpenrheins als Teil der Verbesserung der Hochwassersicherheit zu sehen sind. Dafür brauche es ein Gesamtprojekt für Dammverstärkungen und Aufweitungen. «Ebenso wie festgelegt wurde, an welchen Stellen die Dämme mit höchster Priorität sa-

nieren werden müssen, ist auch bei den Revitalisierungen eine zeitlich gestaffelte Vorgehensweise zu planen.»

## Vier Aufweitungen im Gespräch

Für die Eschner Au würden gerade die erforderlichen Erkenntnisse vorliegen, «hier soll zeitnah das erste konkrete Projekt für eine Liechtensteiner Aufweitung am Alpenrhein erarbeitet werden», schreiben die Fordernden. Die Werkstatt Faire Zukunft stellt auch in den Raum, einen Fonds zu prüfen, wie er in der Schweiz mit dem «Gewässeraufwertungs-Fonds» bereits besteht. Neben der Eschner Au stehen gemäss Entwicklungskonzept Alpenrhein drei weitere Aufweitungen zur Debatte, und zwar in den Bereichen Balzers/Trübbach, Sevelen/Vaduz und Ruggell/Bangs.

Das im Jahre 2005 von der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) und

der Internationalen Rheinregulierung (IRR) unterzeichnete Entwicklungskonzept Alpenrhein (EKA) stelle eine umfassende, länderübergreifende Grundlage dar und sei für Liechtenstein insbesondere aus Gründen der Hochwassersicherheit, die für die Regierung höchste Priorität einnimmt, eine wichtige Orientierungsgrösse bei der dringend notwendigen Sanierung der Dämme.

## Unter Hochdruck mit Lösungen beschäftigt

«Die Regierung ist entschlossen, die Dammsanierung zur Erhöhung der Hochwassersicherheit schnellstmöglich in Angriff zu nehmen. Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Monaten das koordinierte Vorgehen für das Aufsetzen des Sanierungsprojektes aktiv vorbereitet und aufgrund der weit fortgeschrittenen Vorabklärungen wird dieses in den nächsten Wochen der Regierung bereits zur Entscheidung vorge-

legt», erklärt die zuständige Regierungsrätin Dominique Gantenbein. Daran anschliessend sei die umfassende Information der interessierten Kreise und der breiten Öffentlichkeit geplant, um den politischen Meinungsbildungsprozess auf der Basis der Regierungsentscheidung und auf der Grundlage von Fakten zu initiieren.

«Geplant ist die Ausarbeitung eines bewilligungsfähigen gesamtheitlichen Sanierungsprojektes, das einerseits alle notwendigen Massnahmen zur Gewährleistung des Hochwasserschutzes beinhaltet und andererseits die im Entwicklungskonzept Alpenrhein beschriebenen Aufweitungen berücksichtigt», erklärt Gantenbein. Ebenso sollen die spezifischen Interessen der Nachbarn in Abstimmung mit der einschlägigen nationalen Gesetzgebung und den grenzüberschreitenden Vereinbarungen enthalten sein. In diesem Zusammenhang verweist Gantenbein auf die diesbezüglich relevanten Bestimmungen im Umweltrecht sowie auf die verschiedenen Staatsverträge und Vereinbarungen, die im Hinblick auf ein koordiniertes Zusammenwirken am Rhein mit der Schweiz und Österreich abgeschlossen wurden. «Mit dem Kanton St. Gallen, dem diesbezüglich eine besondere Bedeutung zufällt, wurden nach einer mehrmonatigen, intensiven Konsultationsphase bereits diesbezügliche Gespräche geführt.»

Mit dem Ziel, Liechtenstein auch für die Zukunft sicher und lebenswert zu machen, und im Bewusstsein der komplexen wie auch heterogenen Interessen, arbeitet das Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt zusammen mit den involvierten Amtsstellen mit Hochdruck daran, demnächst ein mehrheitsfähiges Konzept für die Weiterentwicklung des Rheinbauwerks präsentieren zu können.

Kommentar

## Motivation und Tempo

**Rheinaufweitungen sind und bleiben umstritten.**

Die Kernfrage dürfte sein: Soll landwirtschaftlich nutzbarer Boden zugunsten von Gewässerrevitalisierungen und neuen Erholungsräumen am Rhein verwendet werden? Denn sowohl die Gegner, die einfach den bestehenden Damm sanieren wollen, als auch die Befürworter reklamieren für sich, dass ihre Variante jeweils die sicherste ist. Sicherer als die Sanierungsbedürftigen Dämme wäre wohl auch das Szenario mit Aufweitungen – das versicherte in der Vergangenheit das Amt für Bevölkerungsschutz. Die Sanierung der Dämme steht an und es ist Zeit, sich über deren Ausgestaltung Gedanken zu machen. Die Forderung nach mehr Lebensqualität am Rhein ist legitim und die Regierung betonte bereits im Januar, dass entsprechende Abklärungen im Gange sind. Nun überrascht das Ministerium mit der Ankündigung, bereits in Kürze mit einem Konzept aufwarten zu können. Bedenkt man die Tatsache, dass Dominique Gantenbein gerade einmal ein Jahr im Amt ist, eine beachtliche Leistung. Bereits bei der Schulbautenstrategie legte man ein ambitioniertes Tempo an den Tag. Sollte das Sanierungskonzept ebenfalls funktionieren, spricht das für Macher-Qualitäten im Ministerium und für Motivation in der Landesverwaltung.



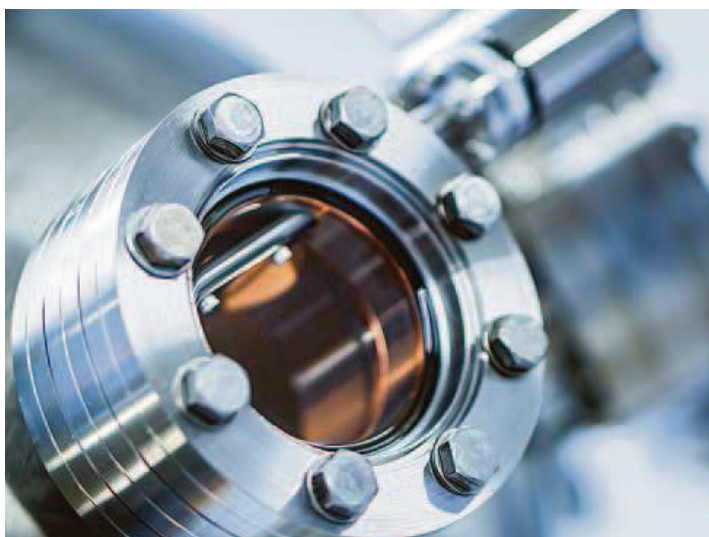
Michael Winkler  
mwinkler@medienhaus.li

## «1,9 Prozent sind ein absoluter Spitzenwert»

**Arbeitslosigkeit** Markus Bürgler vom Amt für Volkswirtschaft führt die sinkende Arbeitslosenquote auf die gute Auftragslage in Industrie und Gewerbe zurück. Und spricht von einem sich abzeichnenden Fachkräftemangel.

Der seit Jahren anhaltende Trend sinkender Arbeitslosigkeit hat sich in Liechtenstein auch 2017 fortgesetzt. Und wie: Mit 1,9 Prozent lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr gemäss Arbeitslosenstatistik 2017 so tief wie nie seit 2006. Damals war der Erhebung der Zahlen eine neue Definition einer arbeitslosen Person zugrunde gelegt worden.

Für Markus Bürgler, Abteilungsleiter Arbeit beim Amt für Volkswirtschaft (AVW), stellen die 1,9 Prozent einen «absoluten Spitzenwert» dar. Die Entwicklung sei äusserst erfreulich und zeige die extrem hohe Aufnahmefähigkeit des liechtensteiner Arbeitsmarkts. Verantwortlich für die tiefe Arbeitslosigkeit zeichnen nach seiner Einschätzung nicht zuletzt Liechtensteins Industrie und Gewerbe. Bedingt durch eine bessere Auftragslage hätten diese wieder deutlich mehr Personal aufgebaut, so Bürgler. «Trotz dessen nach wie vor starken Schweizer



Über fehlende Aufträge kann sich die liechtensteiner Industrie nicht beklagen. Deshalb benötigt sie Arbeitskräfte. Bild: iStock

Frankens konnte sich der Arbeitsplatz international gut behaupten und aufgrund der Sogwirkung der guten Konjunkturlage bei unseren Haupthandelspartnern wie Deutschland und den USA weiter Beschäftigung aufbauen und so-

mit auch Arbeitslosigkeit abbauen.»

## Gute Wirtschaftslage hat Bestand

Dass sich die gegenwärtige konjunkturelle Konstellation grund-

legend ändert, ist nicht abzusehen. «Deutschland beispielsweise prognostiziert bis zum Jahr 2020 bereits einen Mangel an Arbeitskräften von über zwei Millionen», sagt Bürgler. Daher könne weiterhin mit einer guten Wirtschaftslage gerechnet werden.

In Liechtenstein macht sich schon jetzt vermehrt ein Fachkräftemangel bemerkbar, wie der AVW-Abteilungsleiter anmerkt. Trotz der so tiefen Arbeitslosigkeit seien noch viele Stellen offen, «insgesamt fast 1000». Andersorts dürfe sich die Nachfrage nach Fachkräften ebenfalls verstärken, sagt Bürgler, der vor diesem Hintergrund einen «War for Talents» prognostiziert: «Auf dem Arbeitsmarkt wird es zu einem verstärkten Kampf um die besten Arbeitskräfte kommen.» Um hier zu bestehen, seien innovative Lösungen gefragt, an denen bereits gearbeitet werde.

Oliver Beck  
obeck@medienhaus.li

## Bürgler betont Bedeutung des AMS

2017 verringerten sich die ausbezahlten Beträge der Arbeitslosenkasse an Menschen ohne Job gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Millionen Franken, wie aus der Arbeitslosenstatistik 2017 hervorgeht. Das sei primär natürlich auf die gesunkenen Arbeitslosenzahlen zurückzuführen, bestätigt Markus Bürgler, Abteilungsleiter Arbeit beim Amt für Volkswirtschaft, auf Nachfrage. Allerdings betont er auch die Bedeutung der Einführung des Arbeitsmarkt Service Liechtenstein. Dadurch sei die Arbeitslosigkeit nicht länger nur verwaltet, sondern aktiv bekämpft worden, und für Entschädigungen hätten jährlich 3 Millionen Franken weniger aufgewendet werden müssen. «Das war auch mit ein Grund, warum der jährliche Staatsbeitrag an die Arbeitslosenkasse 2016 abgeschafft wurde.» (bo)

## Christian Gantner neuer Landesrat

**Bregenz** Im Vorarlberger Landtag ist Christian Gantner am Mittwoch als neuer Landesrat angelobt worden. Zuvor war er mit 28 von 36 Stimmen in die neue Funktion gewählt worden. Gantner folgt Erich Schwärzler nach, der wegen eines Krankheitsfalls in der Familie vor einer Woche seinen Abschied aus der Politik verkündet hatte.

Landeshauptmann Markus Wallner beglückwünschte das neue Regierungsglied. Worte der Wertschätzung und des Dankes richtete er an seinen langgedienten Regierungskollegen, «dersich für unser Land und seine Menschen beinahe 25 Jahre lang in herausragender Weise und mit ganzer Kraft unermüdlich engagiert hat».

Christian Gantner (geboren 1980 in Bludenz) wurde 2005 als damals bundesweit jüngster Bürgermeister zum Gemeindeoberhaupt von Dalaas gewählt. Dem Vorarlberger Landtag gehört er seit Oktober 2014 an. Er war Obmann des Landwirtschaftlichen Ausschusses und Bereichssprecher des Landtagsklubs für Energie, Wasserwirtschaft und Gemeindepolitik. (pd/red)